

<b>Protokoll:</b>	<b>Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	155
		<b>TOP:</b>	3
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	-
		<b>GZ:</b>	
<b>Sitzungstermin:</b>	02.05.2023		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BM Pätzold		
<b>Berichterstattung:</b>	Frau Frucht, Herr Hemmerich (beide ASW)		
<b>Protokollführung:</b>	Herr Haupt / as		
<b>Betreff:</b>	<b>Bebauungsplanverfahren Universität Hohenheim Campus West (Plie 81)</b> <b>- mündlicher Zwischenbericht zum aktuellen Verfahrensstand -</b>		

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

Frau Frucht (ASW) betont zunächst, es liege in Bezug auf das betreffende Projekt ein längerer Vorlauf vor. Im Jahr 2015 sei hierzu der Aufstellungsbeschluss gefasst worden und das städtebauliche Konzept gemäß Masterplanung habe im Jahr 2017 vorgelegen, welches das Gremium zustimmend zur Kenntnis genommen habe. Bei beiden Themen hätten sich Fragen in Bezug auf die Landwirtschaftliche Schule ergeben. Mittlerweile bestehe eine getrennte Trägerschaft und es habe sich gezeigt, dass die Realisierung einer gemeinsamen Schule nicht möglich sei. Ein Lenkungskreis des Landes, welcher von den Staatssekretärinnen des Finanzministeriums und des Ministeriums für Ländlichen Raum geleitet werde, tage zweimal pro Jahr und sei für die Staatsschule für Gartenbau zuständig. Die LHS sei verantwortlich für die Landwirtschaftliche Schule. Daraufhin berichtet Frau Frucht im Sinne der angehängten Präsentation (Folie 1 bis 8 sowie 13 bis 15). Herr Hemmerich (ASW) berichtet ebenso im Sinne der angehängten Präsentation (Folie 9 bis 13).

Sie könne sich an frühere langwierige Diskussionen mit der Landwirtschaftlichen Schule und der Gartenbauschule erinnern, so StRin Schiener (90/GRÜNE9). Dabei sei die gegenseitige Blockade durch Stadt und Land ärgerlich. In einer früheren Diskussion sei das monumental erscheinende Forschungsgewächshaus als notwendig bezeichnet worden. Mittlerweile seien einige Aspekte bei diesem Projekt hinzugekommen und sie sei nahezu erschrocken über die nun offenbar notwendige umfassende Verkehrsplanung. Daraufhin geht die Stadträtin auf Teile der Historie der bisherigen Planungen ein u. a. auch auf die nicht mögliche Anbindung der Stadtbahn an die Universität Hohenheim wegen möglicher Erschütterungen in Forschungseinrichtungen. Sie betont, das Thema werde sie mit in ihre Fraktion nehmen. Es sei ausgesagt worden, es bestehe die Notwendigkeit einer raschen Entscheidung bezüglich des Forschungsgewächshauses. In der gesamten Planung wirke das Gebäude des Bezirksrathauses wie ein Fremdkörper. Frau Frucht betont, bei der Einbeziehung des Gebäudes des Bezirksrathauses solle in nördlicher Richtung ein Gehweg errichtet werden. Der Masterplan sehe die Weiterführung einer Baumachse vor. In Bezug auf das Gebäude des Bezirksrathauses lägen keine konkreten Planungen vor, wobei diese erst im zweiten Planungsabschnitt angegangen würden. Möglicherweise solle der Gemeinderat diesbezügliche konkrete Planungen anregen.

StR Dr. Vetter betont, eine Zusammenarbeit mit dem Land gestalte sich sehr mühsam. Das Einschalten zweier Staatssekretärinnen werde das Verfahren sicher nicht beschleunigen, da allein die Terminfindung für ein gemeinsames Gespräch nahezu 12 Monate in Anspruch nehme. Aufgrund der Dringlichkeit des Forschungsgewächshauses sei das Thema nun akut geworden. Seiner Auffassung nach gebe es Sponsoren, welche sich hierbei einbringen wollten. Er äußert sein Lob an die Verwaltung für die dargestellte Planung der Weiterführung der Stadtbahnlinie in Richtung Birkach/Asemwald, was weitere Optionen für die Zukunft schaffe. Die geplante Kurve der Stadtbahn und deren Weiterführung durch Steckfeld auf der bestehenden Trasse, die seit Jahrzehnten vorgehalten werde, sei zu begrüßen. Dies treffe ebenso auf die Anbindung durch einen Plieninger Busbahnhof zu. Falls zukünftig für die Stadtbahn über die Möhringer Kurve eine direkte Anbindung an die Stadtmitte geschaffen werde, werde Plieningen wesentlich vom ÖPNV profitieren, da eine umsteigefreie Beziehung bestehen werde. An StRin Schiener gewandt betont der Stadtrat, ein Forschungsgewächshaus sei kein Labor mit hochtechnischen Geräten. Daher seien die Erschütterungen durchaus zu ertragen.

Der erwähnte offenbare Unfallschwerpunkt an der Garbe trifft nicht auf Zustimmung des Stadtrats. In der im Bezirksbeirat Plieningen vorgestellten polizeilichen Statistik sei die Garbe-Kreuzung die bessere Lösung gewesen im Vergleich zu der bisherigen Regelung der Ampelsteuerung. Daher seien die angedachten "Halbkreise" die richtige Antwort auf die bestehenden Probleme. Als einziger Nachteil bestehe die Tatsache, dass vom Chausseefeld kommend zukünftig nicht mehr direkt in die Osumstraße eingefahren werden könne, sondern bis zum nächsten Kreisverkehr gefahren und gewendet werden müsse. Allerdings könne dieser Nachteil akzeptiert werden. Bei den Planungen sei er bezüglich der Gartenbauschule erfreut, da ihn dieses Thema lange Zeit beschäftigt habe. Herr Hemmerich betont in Bezug auf die eher umwegige Verkehrsführung in Richtung Osumstraße, bei Realisierung der Stadtbahnverlängerung falle eine Fahrbeziehung in Richtung Osumstraße weg. Allerdings sei der Linksabbiegestrom sehr schwach und wenige Fahrzeuge müssten am zweiten mittleren Kreisverkehr wenden.

Bei diesem Tagesordnungspunkt handle es sich um ein hochkomplexes Thema, so StRin Schanbacher (SPD). Die Erweiterung der Universität Hohenheim an dieser Stelle sei richtig und begrüßenswert. Allerdings bringe dies einen sehr "langen" Campus mit sich. Es sei positiv, in zwei Stufen zu planen, da die Universität hierdurch Planungssicherheit bekomme und ihre Drittmittel einwerben könne. Hinsichtlich der Verkehrsführungen müsse diskutiert werden, wie diese in Bezug auf die Stadtbahntrasse und den Busbahnhof funktionierten. Dies treffe ebenso auf die Hauptradroute zu. Auf Frage der Stadträtin nach dem diesbezüglichen weiteren Vorgehen betont Herr Hemmerich, hierzu sei für die Verwaltung die Rückmeldung aus dem Bezirksbeirat wichtig. In Bezug auf den Wollgrasweg und die Umsetzung der Hauptradroute werde ein weiterer Planungsbedarf gesehen. Aus dem Bezirksbeirat komme stets die Rückfrage zum Thema Mobilitäts-Hub. Der Aspekt des Fahrradparkens sei als wichtiges Thema oftmals artikuliert worden.

StRin Schanbacher betont, in der Universität Hohenheim werde oftmals über die wenig genutzte Stadtbahn diskutiert, da diese sich weit entfernt vom Campus befinde. Daher stelle sich in Bezug auf den Busbahnhof die Frage, ob die hierfür vorgesehene Stelle richtig sei, da sie in 15 Gehminuten vom Zentrum des Campus erreicht werden könne. Grundsätzlich stimme ihre Fraktion den Planungen zu. Herr Hemmerich betont, aus Sicht der Verwaltung sei die Realisierung des Busbahnhofs ab der Stelle sinnvoll, wo sich die derzeitige Endhaltstelle der Stadtbahn befinde. Gegebenenfalls könne der Busbahnhof errichtet werden, bevor die U3 verlängert sei.

StR Rockenbauch (Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) begrüßt die abgeschichteten Planungen, da somit rasch mit dem dringlichen Teil begonnen werden könne und die anderen komplexeren Gegenstände später geprüft werden könnten. Die Entstehung einer räumlichen Gemeinsamkeit zwischen den beiden Schulen mit einem gemeinsamen Schulhof sei zu begrüßen und beende hoffentlich die lange Standortdiskussion. Hinsichtlich der verkehrlichen Situation seien die Ampelschaltungen deutlich ungeeigneter als die Kreisverkehre. Daher hätten sich an der Stelle die Untersuchungen der Verwaltung gelohnt. Er sei sich nicht sicher, ob die Weiterführung der Stadtbahnlinie U3 Richtung Birkacher Feld die richtige Variante darstelle. Er bedauere es, dass diese nicht näher den Universitäts-Campus erreiche. Dieser Aspekt sei wichtiger, als das hoffentlich dauerhaft landwirtschaftlich genutzte Birkacher Feld zu beplanen und zu versiegeln. Durch die Schaffung von Verkehrsinfrastruktur entstehe Druck auf den Raum und die Stadtentwicklung, was nicht die Vorstellung seiner Fraktionsgemeinschaft darstelle, obwohl es sich in diesem Fall um eine Stadtbahnführung handle. Die Zusammenführung der Bushaltestelle und des Busbahnhofs sei positiv zu bewerten.

Auch andere Themen zeigten die Langwierigkeit bei Gesprächen zwischen Stadt und Land, betont StR Serwani (FDP). Die Weiterführung der Stadtbahn sei sehr zu begrüßen, da dies ein neues Potenzial für das betreffende Gebiet mit sich bringe. Sowohl die Zusammenführung der Bushaltestellen zu einem Busbahnhof als auch die Verbesserung der Verkehrssituation seien ebenso positiv zu bewerten. Es habe sich gezeigt, dass ein Kreisverkehr stets wesentlich leistungsfähiger als eine Ampelkreuzung sei und deutliche Verbesserungen für Fußgänger mit sich bringe.

StR Schrade (FW) betont, die Planungen beinhalteten eine gute Perspektive. Allerdings bereite ihm die Landwirtschaftliche Schule Sorge: Bei den Planungen könne der Eindruck gewonnen werden, dass sie problematisch werden könnten, da die Landwirtschaftliche Schule Entwicklungsmöglichkeiten benötige. Es stelle sich die Frage, ob diese auf dem betreffenden Grundstücksanteil vorhanden seien. Angesichts der Historie der Landwirtschaftlichen Schule in den letzten Jahren wäre es tragisch, neu zu bauen und später feststellen zu müssen, dass die Fläche nicht ausreiche. Es sei fraglich, ob die auf Folie 5 der Präsentation mit Ziffer 7 gekennzeichnete strategische Erweiterungsfläche der Universität Hohenheim von dieser komplett genutzt werde. Es wäre wünschenswert, wenn sich das Land in dieser Angelegenheit nicht zieren würde, da der Gesamtzusammenhang der beiden Schulen berücksichtigt werden müsse. Somit solle der Druck auf das Land aufrecht erhalten bleiben.

Die dargestellten Planungen wirkten auf ihn zusammenhängend, so StR Dr. Mayer (AfD). Es solle zwischen den Verantwortlichkeiten der Stadt und des Landes unterschieden werden. Das Land müsse seine Probleme mit der Universität Hohenheim selber lösen. Vor allem der vorgestellten verkehrlichen Anbindung und den Lösungen an den Kreuzungsbereichen könne er zustimmen, betont der Stadtrat.

In Bezug auf die mehrfach angesprochene Erweiterungsfläche für die Landwirtschaftliche Schule betont Frau Frucht, hierzu hätten ausführliche Verhandlungen u. a. des Schulverwaltungsamts gemeinsam mit dem Hochbauamt stattgefunden. Ursprünglich habe die Schule geplant, ihren Flächenbedarf in dem auf Folie 5 mit Ziffer 4 gekennzeichneten Bereich unterzubringen, wobei sich im weiteren Verlauf gezeigt habe, dass dies nicht möglich sei, da die staatliche Schule für Gartenbau die gesamte Fläche für Forschungsprojekte benötige. Bei den Planungen handle es sich um eine reine Studie und es bestehe noch kein konkretes Konzept für die Landwirtschaftliche Schule. Das Schulverwaltungsamt habe ausgesagt, dass die Grundstücksfläche und die Gewächshausflächen ausreichten.

Das Projekt der Verlängerung der Stadtbahnlinie U3 bzw. U25 sei im Nahverkehrsentwicklungsplan hinterlegt, so Herr Hemmerich. Daher sei dieses Projekt mit der Erschließung von Birkach und dem Asemwald verkehrlich sinnvoll - unabhängig von einer Bebauung des Birkacher Feldes. Im Hinblick auf die Realisierung der U25 mit der Möhringer Kurve müsse das Busangebot im Filderbereich untersucht werden. Der Busbahnhof in Degerloch stoße an seine Kapazitätsgrenzen. In einer Sitzung des Bezirksbeirats sei die Planung zweier zusätzlicher Bussteige beschlossen worden, die das Tiefbauamt realisiert habe.

In Bezug auf die angesprochenen Erschütterungen betont Herr Hemmerich, die Verwaltung habe in der Vergangenheit gemeinsam mit den SSB ein Erschütterungsgutachten mit dem Ergebnis durchgeführt, die Stadtbahnlinie könne nicht entlang der Garbenstraße in Richtung Schloss Hohenheim verlängert werden. Daher verbleibe als einzige Variante die Streckenführung über die Osumstraße. Dementsprechend müssten die Studierenden von der Endhaltestelle entweder zu Fuß oder mit dem Fahrrad ihr Ziel erreichen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt BM Pätzold Kenntnisnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung und Technik fest.

Zur Beurkundung

Haupt / as

## Verteiler:

- I. Referat SWU  
zur Weiterbehandlung  
Amt für Umweltschutz  
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)  
Baurechtsamt (2)
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. OB-PR
  3. S/OB
  4. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)  
Liegenschaftsamt (2)
  5. Referat T
  6. *BezA Plieningen*
  7. Amt für Revision
  8. L/OB-K
  9. Hauptaktei
  
- III.
  1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
  2. CDU-Fraktion
  3. SPD-Fraktion
  4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION  
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
  5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
  6. FDP-Fraktion
  7. Fraktion FW
  8. AfD-Fraktion
  9. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

*kursiv = kein Papierversand*